

Bündnis für humane Bildung

Presseinformationen zum Pressegespräch in Stuttgart am 9. Oktober 2017

1.

Wozu ein „Bündnis für humane Bildung“?

Über die kurze Geschichte des Bündnisses für humane Bildung / Zwei Petitionen mit großer Beteiligung gestartet / Offener Brief an KMK-Präsidentin Susanne Eisenmann – und die Antwort der KMK-Präsidentin

Seit mehr als 30 Jahren läuft die Debatte über den Einsatz digitaler Medien im Unterricht. Dabei erweist sie sich als weitgehend ergebnis- und orientierungslos, getrieben nur von den Interessen der Bildungs- und Digitalindustrie. Jüngere Ankündigungen und Beschlüsse aus den führenden politischen Bildungsgremien, dem Bundesforschungs- und Bildungsministerium (BMBF) und der Kultusministerkonferenz (KMK), haben die Debatte auf Bundes- und Länderebene verschärft und in eine ökonomisierte Richtung getrieben: Bildungsministerin Johanna Wanka (CDU) stellte im „Digitalpakt#D“ fünf Milliarden Euro Digitalisierungsunterstützung in Aussicht, stellte dieses Vorhaben jedoch bald wieder unter Finanzierungsvorbehalt. Unter der Leitung ihrer Präsidentin und Kultusministerin Baden-Württembergs, Susanne Eisenmann, hat sich auch die Kultusministerkonferenz der Digitalisierungsoffensive angeschlossen – und fordert im vorausgehenden Gehorsam den verpflichtenden Einsatz digitaler Geräte im Unterricht. Vor allem diese beiden politischen Vorstöße waren Anlass genug, dem bei Lehrern und Eltern verbreiteten Unbehagen über eine durchdringende Digitalisierung von Schulen und Unterricht eine vernehmbare Stimme zu verleihen – im „Bündnis für humane Bildung“.

Pakt für eine demokratische und humane Bildung

Das „Bündnis für humane Bildung – aufwach(s)en mit digitalen Medien“ ist ein Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für eine humane und demokratische Bildung in allen öffentlichen Bildungseinrichtungen einsetzen. Angeschlossen haben sich hier Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen, unter anderem aus der Kognitionsforschung, der Entwicklungspsychologie und der Pädagogik. Sie alle verweisen darauf, dass es bisher keinerlei evidente Nachweise für einen sinnvollen Einsatz von digitalen Medien im Klassenzimmer gibt. Ganz im Gegenteil wenden sich in der Praxis auch die Vorreiter-Nationen wie Südkorea oder Finnland angesichts gesundheitlicher Schädigungen und fehlenden Lernerfolgs wieder einem gemäßigten Einsatz von digitalen Geräten im Unterricht zu. „Wir müssen es als Realität betrachten, dass Technologie an unseren Schulen mehr schadet als nützt“, bilanziert Andreas Schleicher, Direktor für Bildung bei der OECD jüngst im Interview gegenüber einer australischen Zeitung.

Grundsätzlich hält es das Bündnis für wichtig, über Zukunftsstrategien für öffentliche Schulen zu diskutieren und auch länderübergreifend zu kooperieren – allerdings sei es falsch, Konzepte nur an Digitaltechnik und zentralisierten Strukturen festzumachen.

„Partikularinteressen von IT-Wirtschaft und Arbeitgeberverbänden“

Die angeblich notwendige „Digitalisierung aller Bildungseinrichtungen“, so das Bündnis, sei mehr Ideologie als zukunftsweisende Strategie. „Seit wann orientieren sich Bildungsprozesse an neuer Medientechnik oder den Update-Zyklen der IT-Wirtschaft?“, fragt Bündnis-Sprecher Professor Dr. Ralf Lankau aus Offenburg. „Geräte der Unterhaltungsindustrie verpflichtend in den Unterricht zu integrieren, ist weder pädagogisch noch bildungspolitisch zu begründen. Diese Pakte bedienen ausschließlich Partikularinteressen der IT-Wirtschaft und der Arbeitgeberverbände.“

Bereits die Begriffe und Prämissen der Digital-Pakte seien falsch, argumentiert das Bündnis. Kein

Mensch lerne „digital“ und weder Bildung noch Lernprozesse ließen sich digitalisieren, allenfalls Lerninhalte. Wer von „Bildung in der digitalen Welt“ spreche, solle lieber korrekt von „digitalen Medien im Unterricht“ oder von „Medien für Selbstlernphasen“ sprechen.

Wer pädagogisch argumentiere, so das Bündnis, dürfe nicht auf digitale Medien verkürzen, sondern müsse das gesamte Spektrum analoger wie digitaler Medien berücksichtigen und diese nach didaktischen Prämissen einsetzen. Wer die Bedeutung der Lehrenden für Bildungsprozesse verstanden habe, der überlasse es der einzelnen Lehrpersönlichkeit, adäquate Medien für konkreten Zweck einzusetzen. Denn Lehrerinnen und Lehrer wählen den Medieneinsatz wie Unterrichtsmethoden nach Altersstufen, Schulformen und Fachinhalten – und nicht nach Vorgaben aus der IT-Wirtschaft oder der Kultusminister. Kitas und Grundschulen sollten ganz frei bleiben von elektronischen Bildschirm- und Digitalmedien, fordert das Bildungsbündnis.

Zwang zum Medieneinsatz beschädigt Föderalismus und Methodenfreiheit

Es sei daher überaus irritierend, dass Kultusminister öffentliche Bildungseinrichtungen zum Einsatz bestimmter Medientechniken zwingen wollen. Sie beschädigen sowohl den Föderalismus wie die Methodenfreiheit. Sie zentralisieren Entscheidungen auf Bundesebene, die kompetent nur in den Schulen selbst entschieden werden können. Sie greifen in strategische Entscheidungen der einzelnen Schulträger und Länder ein und binden die Finanzbudgets mit Fünfjahresplänen und technischen Vorgaben (vom Bildungsserver über Cloud Computing bis zu WLAN), ohne den Nutzen von Medientechnik im Unterricht belegen zu können, so das Bündnis.

Die Aufgabe der Kultusminister sei es vielmehr, dafür zu sorgen, dass alle Kinder, unabhängig von der Finanzkraft ihrer Eltern, Schulen besuchen könnten, in denen sie von realen Menschen unterrichtet, betreut und gefördert werden. Nur wenn Bildungseinrichtungen soziale Lernorte blieben, habe die nachfolgende Generation Zukunftsperspektiven auf einem ungewissen Arbeitsmarkt in einer hochtechnisierten Welt.

Die entscheidende Größe für gute Schule und Unterricht seien Lehrpersönlichkeiten – nicht etwa der digital standardisierte Unterricht mit automatisierter Kontrolle aller Lernschritte. Dies könne kein Ziel von Schule und Unterricht in demokratischen und humanen Gesellschaften sein – nur im sozialen Miteinander können Menschen ihre Fähigkeiten entfalten.

Bündnis-Appell an Kultusministerkonferenz und Bundesbildungsministerium:

„Besinnen Sie sich. Machen Sie öffentliche Bildungseinrichtungen zukunftsfähig, indem Sie Schulen als Sozialverbund stärken. Nicht Medientechnik oder Computer sondern der Mensch ist des Menschen Lehrer!“

Die Initiatoren des Bündnisses

Prof. Dr. Paula Bleckmann (Alanus Hochschule, Bonn), Dr. Matthias Burchardt (Universität zu Köln), Christoph Ecken (Redaktionsbüro Heidelberg), Peter Hensinger (Diagnose Funk), Prof. Dr. Edwin Hübner (Freie Hochschule Stuttgart), Prof. Dr. Ralf Lankau (Hochschule Offenburg), Ingo Leipner (EcoWords), Prof. Dr. Gerald Lembke (Duale Hochschule Baden-Württemberg, Mannheim), Prof. Dr. Manfred Spitzer (Universität Ulm), Prof. Dr. Gertraud Teuchert-Noodt (Universität Bielefeld)

Link zur Petition Irrweg der Bildungspolitik, verbunden mit dem Offenen Brief an die Kultusministerkonferenz (veröffentlicht am 04.07.2017) <http://www.aufwach-s-en.de/petition-irrweg-der-bildungspolitik/>

Link zur Petition „Trojaner aus Berlin: Digitalpakt#D“ (veröffentlicht am 01.11.16) <https://bildung-wissen.eu/kommentare/erklaerung-trojaner-digitalpaktd.html>

2.

Das Bündnis für humane Bildung empfiehlt

Digitale Medien im Unterricht altersgerecht und wohlüberlegt einsetzen

Digital-Agenda, Digitalgipfel, Digitalpakete: Deutschland fiebert digital. Auch die Kultus- und Schulminister fiebern mit und fordern im „Digitalpakt Schule“, dass alle Schulen – unabhängig vom Alter der Schülerinnen und Schüler, von Schulform und unabhängig von den konkreten Fachinhalten – digitale Geräte und Techniken einsetzen sollen. Zugleich sollen alle Lehrkräfte im Einsatz von Digitaltechnik geschult und zu deren Einsatz verpflichtet werden.

Das Bündnis für Humane Bildung widerspricht diesen undifferenzierten Vorstellungen und rät zu mehr Gelassenheit: Der Umgang mit digitalen Geräten im Unterricht lässt sich zunächst am besten mit analogen Unterrichtsmitteln lernen, mit fortschreitendem Alter in der Schule stufenweise mit dem dosierten Einsatz digitaler Endgeräte.

„Digitaltechnik ist Teil unserer Lebenswirklichkeit“, sagt Bündnissprecher Prof. Dr. Ralf Lankau von der Hochschule Offenburg. „Doch wenn Kinder mit acht oder neun Jahren Verkehrsunterricht erhalten, bekommen sie dafür doch keinen KfZ-Führerschein.“ Ähnlich verhalte es sich mit digitalen Geräten im Unterricht. Warum nicht erst die Grundlagen für Technikverständnis mit analogen Mitteln aufbauen, um danach umso besser mit digitalen Mitteln umgehen zu können?

Das „Bündnis für humane Bildung – aufwach(s)en mit digitalen Medien“ ist ein Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für eine humane und demokratische Bildung in allen öffentlichen Bildungseinrichtungen einsetzen. Das Bündnis plädiert für einen kostengünstigen, effektiven Einsatz von Lehrmitteln, um Kinder altersangemessen und verantwortungsvoll mit der digitalen Technik medienmündig zu machen.

Schritt für Schritt differenzierter Einsatz von Medientechnik

Auf der Basis wissenschaftlicher Studien aus der Kognitionsforschung, der Entwicklungspsychologie und Pädagogik empfiehlt das Bündnis folgende Vorgehensweise:

Kindertagesstätten und Grundschulen bleiben in der pädagogischen Arbeit digitalfrei. Kinder müssen erst in der realen Welt zu Hause und dort sicher sein und klassische Kulturtechniken (Lesen, Schreiben, Rechnen) beherrschen, bevor digitale Techniken zum Einsatz kommen. Manuelle Gestaltungstechniken sind hier gefragt, etwa Basteln, Malen, Zeichnen und Musizieren, auch Theater und Tanz, Sport und Naturerlebnisse.

Gleichzeitig kann jedoch bereits in der Grundschule das Mediennutzungsverhalten thematisiert werden, dabei handelt es sich um konkrete Inhalte und mögliche Folgen der Mediennutzung. Hier sind Präventionslehrer/innen gefragt, die über die Inhalte und Gefahren des Netzes aufklären. Dazu müssen nicht die Kinder ins Netz, die Zusammenarbeit mit z.B. Jugendschutzbeauftragten der Polizei ist sinnvoller. „Es gibt kein Kindernetz. Die Erwachsenenwelt ist immer nur einen Klick entfernt“, so Ralf Lankau.

In der Unterstufe (Klasse 5 oder 6) spricht nichts dagegen, das Verständnis für Informationstechnik (IT) zu vermitteln. Dann haben Kinder bzw. Jugendliche die notwendige, persönliche Reife. Dafür braucht man weder Rechner noch Bildschirme. Projekte wie „Computer Sciences Unplugged“ (csunplugged.org; deutsch: einstieg-informatik.de) vermitteln Kindern ein fundiertes Verständnis für die Funktionsweise und Logik der Informationstechnik, ganz ohne Rechner und Software. Gelernt werden Grundlagen, Fragestellungen und Methoden der Informatik – als Denk-Werkzeug.

Ab den Klassen 6 oder 7 echter Informatikunterricht mit Kleinrechnern

In Klasse 6 oder 7 kann man „echten“ Informatikunterricht mit kostengünstigen und voll programmierbaren Kleinrechnern (z. B. Arduino, Raspberry Pi) anbieten. Ein Klassensatz dieser

scheckkartengroßen Rechner kostet ca. 1.000 Euro. Für Schulen gibt es gut dokumentierte und geeignete Projekte. Schon mit diesen Rechnern ist das Programmieren und der sichere Gang ins Netz möglich.

Ab Klasse 8 können Schüler mit Desktop-Rechnern, Laptops und Open Source-Software Software erlernen und unter Anleitung eigene Medienprojekte umsetzen. Software- Schulung bedeutet dabei: die Prinzipien von Textverarbeitung, Desktop-Publishing oder z.B. Webdesign oder Videoschnitt verstehen.

Am Ende der Mittel- oder zu Beginn der Oberstufe empfehlen sich Medienprojekte, bei denen Schüler Bilder oder Filme herstellen, eine Schülerzeitung gestalten oder Inhalte für Websites generieren. Sie arbeiten dabei allerdings mit Offline-Produktionsrechnern. Offline heißt: Die Rechner sind untereinander vernetzt, aber nicht ans Internet angeschlossen. Nur so ist sichergestellt, dass keine Schülerdaten ausgelesen und ausgewertet werden.

„Niemand weiß, wie unsere Arbeits- und Lebenswelt in fünf oder 15 Jahren aussehen wird“, sagt Ralf Lankau. „Schulen müssen sich und ihre Schüler also auf eine technisierte und digitalisierte Welt vorbereiten.“ Dabei sollte Schule nicht auf aktuelle Technik fokussieren, sondern auf Verständnis und Verstehen von Strukturen und Prinzipien abzielen. Schule hat keine Konsumenten zum Ziel, die am jeweils aktuellen Gerät tippen, wischen – oder demnächst unter der VR-Brille und Kopfhörern mit ihrem persönlichen Avatar sprechen. „Schule muss Denk-Werkzeuge und generelle Handlungsoptionen vermitteln, die unabhängig von der jeweils aktuellen Technik funktionieren“, ist der Medienwissenschaftler Lankau überzeugt.

3.

Sieben humanistische Forderungen des Bündnisses für humane Bildung

„Weder Lehrkräfte noch Schülerinnen und Schüler dürfen zur Arbeit mit digitalen Geräten im Unterricht verpflichtet werden“ – Das gebietet schon die gesetzliche Lehrmittelfreiheit

1. Schulen und Hochschulen in Deutschland sind Bildungseinrichtungen in humanistischer und demokratischer Tradition. Sie sind vom Menschen her zu denken, nicht von technischen Systemen und deren Entwicklungszyklen. Nötig sind mehr Lehrkräfte, Mentoren, Tutoren, nicht Hardware.
2. Medien und Medientechnik im Unterricht sind Werkzeuge im pädagogischen bzw. (fach-)didaktischen Kontext. Es sind mögliche Hilfsmittel, um Unterricht und Lernen zu unterstützen. Über den sinnvollen Einsatz von Lehrmedien entscheiden Lehrkräfte aufgrund ihrer Ausbildung und gemäß dem Grundrecht der Lehr- und Methodenfreiheit selbst.
3. Weder Lehrkräfte noch Schülerinnen oder Schüler dürfen verpflichtet werden, Geräte der Medien- bzw. Unterhaltungselektronik wie Tablets, Smartphones oder ähnliches im Unterricht einzusetzen. Jedes Kind muss ohne Nutzung elektronischer Geräte am Unterricht teilnehmen und Hausaufgaben machen können, ohne benachteiligt zu werden.
4. Daten von und zwischen Schulen und Schülern dürfen weder aufgezeichnet noch für Lernprofile ausgewertet werden. Schülerinnen und Schüler sind juristisch minderjährige Schutzbefohlene, deren Daten nach deutschem Recht geschützt werden müssen. Hier besteht gesetzgeberischer Nachholbedarf noch vor technischen Konzepten.
5. Bildschirmmedien sind aus Sicht von Kinderärzten, Kognitionswissenschaftlern, Vertretern der Medienwirkungsforschung und der Pädagogik in den ersten Schuljahren nicht lernförderlich. Daher müssen KiTas und Grundschulen in der direkten pädagogischen Arbeit IT-frei bleiben.
6. Die entscheidende Medienkompetenz für Bildungschancen wie -gerechtigkeit sind die Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen. Investitionen in diese Kulturtechniken und eine intensive Leseförderung sind für Bildungsbiografien nachhaltig und emanzipatorisch.
7. Medientechnik im Unterricht ist immer aus pädagogischer Perspektive zu hinterfragen und zu beurteilen: ob und gegebenenfalls wann sie altersangemessen eingesetzt werden kann, nicht muss.

Über das Bündnis für Humane Bildung

Das „Bündnis für humane Bildung – aufwach(s)en mit digitalen Medien“ ist ein Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für eine humane und demokratische Bildung in allen öffentlichen Bildungseinrichtungen einsetzen. Das Bündnis, an dem auch namhafte Medienpädagoginnen und -pädagogen und Erziehungswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler beteiligt sind, tritt dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen in den Schulen persönlich unterrichtet und betreut werden, unabhängig von Sozialstatus und Finanzkraft der Eltern.

Kontakt

Redaktionsbüro Ecken Christoph Ecken Mobil 0160 / 91 087 557;
E-Mail: christoph.ecken@redaktionsbuero-ecken.de